sch in Oesterreich-Ungarn nicht wie in Preußen und Bayern zur Freigabe des Verkehrs mit Rom ausschließen. Ueberhaupt kam es während der ganzen Regierung des Kaisers Ferdinand I. (1835—1848) zu keinem entscheidenden Schritt in kirchlichen Angelegenheiten; was geschah, wurde mehr von der äußern Nothwendigkeit der Regierung abgerungen. Die meisten Wirren erregte die Frage der gemischten Ehen, welche bekanntlich in den Jahren 1830—1840 auch in Deutschland Gegenstand des Streites war. In Ungarn entstanden heftige Conflicte, als in einigen Comitaten die katholischen Pfarrer gezwungen werden sollten, alle Ehen dieser Art unterschiedslos einzussegnen, und den Kontrahenten Geldbußen auferlegt wurden. Der Primas erließ 1841 in dieser Sache ein Hirten-schreiben, das von den Liberalen heftig angefeindet wurde. Auf Ansuchen der ungarischen Prälaten richtete Gregor XVI. ein eigenes Breve an die Bischöfe Ungarns; eine beigefügte Instruction erklärte die gemischten Ehen, welche ohne Einhaltung der tridentinischen Form geschlossen würden, für *illicita*, aber *valida* (s. das Breve und die Instruction bei Schulte, Handbuch des kath. Ehe-rechts, Sießen 1855, 471 ff.). In den Jahren 1843 und 1844 verordnete dann der Kaiser, die religiöse Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen weise der Entscheidung der Eltern überlassen; kein katholischer Geistlicher könne aber zu einem kirchlichen Acte bei diesen Ehen gezwungen werden. — Kaiser Franz Joseph, der im J. 1848 zur Zeit der Revolution das Erbe seiner Ahnen antrat, gab entschieden den Willen kund, die Kirche aus den staatlichen Fesseln zu befreien und ihrer friedlichen Wirksamkeit freie Bahn zu schaffen. An Stelle des josephinischen Staatskirchentums beachte die Verfassungsurkunde von 1848 die selbständige Ordnung und Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten zur Geltung. Während aber die Protestanten sofort dahin arbeiteten, daß die 1791 beträchtigte und nun auf's Neue garantierte Autonomiestellung in allen Kirchen-, Schul- und Stiftungsangelegenheiten bei ihnen zur vollen Wirklichkeit werde, haben die Katholiken verstanden. Diese verließen sich darauf, daß der König von Ungarn niemals die umfassenden Privilegien, welche angeblich Papst Sylvester II. dem hl. Stephan in allgemeinen Ausdrücken verliehen hatte, zum Nachtheil der Kirche mißbrauchen werde. Zudem glaubte man, daß das 1855 auch für Ungarn abgeschlossene österreichische Concordat, das auf den Provinzialconcilien zu Gran 1858 und zu Kolosch 1868 feierlich anerkannt wurde, für Ungarn bessere kirchliche Zustände herbeiführen werde. Uebrigens war es Politik der ungarischen Bischöfe, namentlich in den sechziger Jahren, sich nicht auf das Concordat zu berufen, sondern einfach auf die eithergebrachte Geltung des canonischen Rechtes in Ungarn sich zu stützen. Die ungarischen Prälaten suchten so möglichst zu verhindern, daß die antikatholische Agitation, die in Eisleithanien sich

gegen das Concordat richtete, auch in Ungarn um sich greife. Sachlich hielten sich aber wie der Primas so die übrigen Bischöfe Ungarns an die Vorschriften des Concordats. Die Bemühungen der Katholiken zur Schaffung einer autonomen Körperschaft, deren Aufgabe es wäre, die katholischen Interessen zu wahren, besonders katholische Stiftungen und Schulen zu verwalten, sind bisher gescheitert. Der Katholikencongreß 1870/71 arbeitete einen Entwurf für Organisation der Autonomie aus und ließ ihn der Krone zur Genehmigung unterbreiten. Die Idee desselben ging dahin, eine Notabelnversammlung zu bilden, welche aus den Bischöfen und Präpiten sowie gewählten geistlichen und weltlichen Abgeordneten bestehe. Unter dem Landescongreß, welcher der Leitung des Fürstprimas unterstehen würde, sollten die Diöcesanversammlungen mit einem Diöcesan-senat, unter diesen Decanats- oder Bezirks-senate stehen und endlich unter diesen Gemeindeversammlungen und Kirchengemeinde-senate. Diese Autonomie-Körperschaft sollte der Staatsbehörde und den anderen Confessionen gegenüber die kirchlichen und Schul-Interessen der Katholiken vertreten; sie sollte das Kirchenvermögen verwalten, und unter ihrem Beirath sollte der apostolische König seine kirchlichen Ernennungsrechte ausüben, statt sich hierbei der möglicherweise nichtkatholischen Minister zu bedienen. Der Organisationsentwurf hatte keine Aussicht, je praktisch zu werden, da er wie der Bestätigung des Papstes so auch des Königs bedurfte. Von Seiten der Regierung wurde er einfach ad acta gelegt; übrigens hätte eine derartig organisirte Autonomie beim Vorwiegen eines „liberalen“ Laienelementes leicht verhängnißvoll für die katholische Kirche Ungarns werden können. In ein neues Stadium trat die Frage im J. 1894, da der Kaiser eine eigene Autonomie-Commission ernannte, in welche aber fast lauter liberale Katholiken berufen wurden (Salzb. Kath. Kirchen-Ztg. 1894, 139). Um endlich Klarheit in die Angelegenheit zu bringen, stellte Graf Zichy auf dem Katholikencongreß 1897 den Antrag: „der Katholikencongreß möge an Se. Majestät den apostolischen König eine Ergebnissadresse richten, um mittels dieser die allerhöchste Absicht bezüglich der den Katholiken verfassungsmäßig zu gewährenden Gleichberechtigung zu erfahren“. Darauf erließ der Minister Wlassics ein Memorandum (Kath. Kirchen-Ztg. 1898, 21), wonach die ungarische Regierung von dem dem König zustehenden allerhöchsten Patronats- und Aufsichtsrechte kein Jota nachzulassen in der Lage sei. Davon, daß der Katholikencongreß als Berath der Königs-Einfluß habe auf die Ernennung der Bischöfe, daß er das Vermögen der katholischen Religions- und Studienfonds unabhängig verwalte, sowie das Recht der Gründung und Leitung katholischer Lehr- und Unterrichtsanstalten habe, davon wollte der Minister nichts wissen. Uebrigens ruht die Autonomiefrage seitdem nicht. Neuestens (Ende